

Jetstream-Winde kaum verändert – Klimaschau 230

geschrieben von AR Göhring | 24. September 2025

Der Nord-Winter 2020/21 war kalt und äußerst schneereich – was sich mit politischen Narrativen einer Erwärmungskatastrophe nicht verträgt.

Lösung: „Hitze macht auch Kälte“ – da die Arktis sich angeblich immer weiter aufheize, würde der Temperaturunterschied zwischen Äquator und Pol immer geringer. Folge: Der Jetstream verlangsame sich und ließe so immer mehr kalte Luft nach Europa – 70 cm Schnee vorm EIKE-Büro.

Die Verlangsamung des Jetstreams, von ZDF-Wetterfröschen 2021 gebetsmühlenartig wiederholt, wurde natürlich mit den üblichen Computerprogrammen errechnet.

Richtige Wissenschaft der Universität Mainz sagt etwas anderes – Details hier im Video!

Einige Grüne geben endlich zu, dass sie gegen erneuerbare Energien protestieren sollten, haben aber Angst, als Klimaleugner bezeichnet zu werden

geschrieben von Andreas Demmig | 24. September 2025

Von Jo Nova

Es stellt sich heraus, dass die nationale Politik durch Beschimpfungen bestimmt wird ...

Endlich, zwanzig Jahre zu spät, geben einige Grüne zu, dass Windparks und erneuerbare Energien die Wildnis schädigen, die sie retten wollten. Doch sie schweigen, weil sie befürchten, als Klimaleugner bezeichnet zu werden.

Kehrt Großbritannien zur Kohle zurück – oder gibt es Alternativen?

geschrieben von Andreas Demmig | 24. September 2025

Net-zero watch, 12. September 2025, Andrew Montford

Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, sind wir auf sogenannte „feste Kapazitäten“ angewiesen, die einspringen und dafür sorgen, dass die Lichter an bleiben

Die *New York Times* erreicht die Akzeptanzphase

geschrieben von Chris Frey | 24. September 2025

Charles Rotter

Letzten Monat [schrieb](#) ich, dass Klimaaktivisten die berühmten fünf Phasen der Trauer durchlaufen. Sie hatten die Phasen der Verleugnung und Wut hinter sich gebracht, befanden sich in einer Phase der Depression, aber die echte Akzeptanz blieb ihnen weiterhin verwehrt. Akzeptanz würde bedeuten, anzuerkennen, dass die sogenannte „Klimakrise“ nie eine physische Realität war, sondern ein politisches Konstrukt, dass die Wähler kostspielige Pläne abgelehnt hatten und dass Modelle die Realität nicht ersetzen können. Zu diesem Zeitpunkt stellte ich fest, dass sie noch nicht so weit waren.

Dann kam die New York Times mit einer langen [Klage](#) mit dem Titel [übersetzt] „Es sind nicht nur die USA. Die ganze Welt hat genug von der Klimapolitik.“ Ausnahmsweise ist der Ton weniger feurig und eher seufzend resigniert. Wenn man den ganzen Artikel sorgfältig liest, wirkt er wie ein unbeabsichtigtes Eingeständnis, dass die Ära des Pariser Abkommens vorbei ist. Nicht nur ins Stocken geraten, nicht nur verzögert – vorbei. Mit anderen Worten, es sieht sehr nach Akzeptanz aus.

Schon der Beginn des Artikels ist beachtlich:

„Vor zehn Jahren, im Herbst, versammelten sich Wissenschaftler und Diplomaten aus 195 Ländern in Le Bourget nördlich von Paris und schmiedeten einen Plan zur Rettung der Welt. Sie nannten ihn schlicht „Pariser Abkommen“, aber es war offensichtlich ein Meilenstein der Klimapolitik: eine nahezu universelle globale Verpflichtung, einen katastrophalen Temperaturanstieg zu verhindern und eine lebenswertere

Zukunft für alle zu sichern. Barack Obama lobte das Abkommen als Präsident und erklärte, Paris sei „die beste Chance, die wir haben, um den einzigen Planeten zu retten, den wir haben“. [Link](#)

Die rhetorische Krone wurde früh beansprucht: Paris war keine Verhandlung über Politik, sondern ein Plan zur „Rettung der Welt“. Das Problem ist, dass die Realität selten mit Slogans kooperiert. Ein Jahrzehnt später räumt die Times ein, dass fast keines dieser Versprechen eingehalten worden ist und dass die Wähler auch nicht bereit waren, dafür Opfer zu bringen.

„Auf der letztjährigen UN-Klimakonferenz (COP29) lobte der Präsident des Gastgeberlandes, Ilham Aliyev aus Aserbaidschan, Öl und Gas als „Geschenke Gottes“, und obwohl die jährlichen Konferenzen seit Paris oft hochkarätige, mit Stars besetzte Veranstaltungen waren, waren diesmal nur wenige Weltpolitiker anwesend. Joseph R. Biden, damals noch Präsident, erschien nicht. Ebenso wenig wie Vizepräsidentin Kamala Harris, Chinas Präsident Xi Jinping oder die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron war nicht dabei ... Im Vorfeld der Konferenz erklärte ein offizieller UN-Bericht, dass im vergangenen Jahr keinerlei Fortschritte im Klimaschutz erzielt worden seien.“

So viel zu den „unverzichtbaren“ Treffen der Mächtigen und Einflussreichen. Wenn sogar die Gastgeber fossile Brennstoffe als göttlichen Segen preisen, ist die Fassade weg. Was wir hier sehen, ist keine neue Dringlichkeit, sondern Führungskräfte, die sich still und leise von einer Agenda distanzieren, von der sie wissen, dass die Öffentlichkeit sie nicht unterstützen wird.

„Die diesjährige Konferenz, die im November in Brasilien stattfindet, soll bedeutender sein: Die COP30 markiert den 10. Jahrestag von Paris, und alle 195 Vertragsparteien ... sollen mit aktualisierten Dekarbonisierungsplänen anreisen. Aber als im Februar dieses Jahres eine formelle Frist ablief, hatten nur 15 Länder – gerade einmal 8 Prozent – die Aufgabe erfüllt. Monate später sind weitere Pläne eingegangen, aber wohl nur einer davon ist tatsächlich mit den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar ... und mehr als die Hälfte davon stellen Rückschritte dar.“

Fisten werden ignoriert, Versprechen verwässert und „Rückschritte“ sind die Norm. Stellen Sie sich vor, dies wäre ein anderes internationales Abkommen – beispielsweise zur Kontrolle von Atomwaffen –, bei dem 92 Prozent der Unterzeichner die Formalitäten nicht erfüllen würden. Würde irgendjemand es als verbindlich betrachten? Dennoch wird das Pariser Abkommen weiterhin so behandelt, als hätte es Gewicht. Selbst die Times kann die Wahrheit nicht länger verschleiern: Das hat es nicht.

„Nördlich von uns wurde der ehemalige Zentralbankier Mark Carney ... im März Premierminister von Kanada und hob als erste Amtshandlung die

Kohlenstoffsteuer des Landes auf, bevor er bei den Wahlen im April einen erdrutschartigen Sieg errang. Im Süden hat die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum, eine ehemalige Klimawissenschaftlerin, das Prinzip der „Energiesouveränität“ geltend gemacht und sich mit der boomenden Öl- und Gasproduktion ihres Landes gerühmt – und genießt eine der höchsten Zustimmungsraten aller gewählten Staatschefs weltweit.“

Hier zeigt sich Demokratie in Aktion. Die Wähler entscheiden sich, so sie die Wahl haben, für günstigere Energie und nationale Souveränität statt für internationale Verpflichtungen. Das ist nicht die „Selbstgefälligkeit“, die die Times beklagt – es ist der Wille der Öffentlichkeit. Wenn Politiker, die sich für Öl und Gas einsetzen, Erdrutschsiege erzielen, während Kohlenstoffsteuern politischer Selbstmord sind, ist das Urteil klar.

„Man kann heute auf keiner internationalen Konferenz auch nur zwei Schritte gehen, ohne dass ‚Pragmatismus‘ und ‚Realismus‘ als Tagesordnung herumgereicht werden ... diese ganze Klimasache ist einfach zu schwierig.“

So sagte Jason Bordoff, ein ehemaliger Berater von Obama. Mit anderen Worten: Die Bewegung ist mit voller Wucht an die Grenzen der politischen Realität gestoßen. Was Aktivisten einst als „moralische Verpflichtung“ verkleideten, ist zu technokratischem Jargon verkommen: Pragmatismus, Realismus, Schwierigkeit. Im Klartext: Es ist vorbei.

Die Times gibt sogar zu, was Klimaskeptiker seit Jahrzehnten betonen:

„Umfragen zeigen, dass die Wähler der Dekarbonisierung keine Priorität einräumen und vor allem nicht bereit sind, viel dafür zu bezahlen.“

Dieser eine Satz widerlegt jahrelange Rhetorik über die „überwältigende öffentliche Nachfrage“ nach Klimaschutzmaßnahmen. Die Unterstützung schwindet in dem Moment, in dem Kosten entstehen. Politiker verstehen das, Aktivisten haben sich jedoch geweigert, es zuzugeben. Nun muss sogar die Times dies offen anerkennen.

Und so hat sich die Stimmung von Revolution zu Resignation gewandelt:

„Progressive glaubten lange Zeit, dass Klimapolitik eine Art Tauziehen sei, bei dem man durch stärkeres Ziehen viele auf der anderen Seite über die Grenze zu widerwilliger Unterstützung ziehen würde ... Aber es sieht auch ein bisschen so aus, als hätten sie so stark gezogen, dass sie in Unordnung zusammengebrochen sind.“

Genau. Je stärker der Druck in Richtung Netto-Null, desto größer der Rückschlag. Was als positiver Impulsgeber gedacht war, hat sich stattdessen selbst zermürbt.

Selbst Christiana Figueres, die Architektin des Pariser Abkommens, versucht nun, das Scheitern als Evolution umzudeuten:

„Es geht nicht mehr um Klimapolitik. Es geht um Klima-Ökonomie.“

Das heißt: Das Zeitalter der Verträge, Gipfeltreffen und weitreichenden globalen Versprechen ist vorbei. Falls die Emissionen überhaupt sinken, dann deshalb, weil Märkte und Verbraucher erneuerbare Energien für nützlich halten – und nicht, weil Politiker Opfer fordern.

Die Times gibt ihre Gewohnheit nicht auf, alarmistische Adjektive zu verwenden. Ausdrücke wie „erschreckendes Tempo“ und „düstere Zukunft“ tauchen auf, als wolle man den Lesern versichern, dass ihre Angst weiterhin berechtigt ist. Doch der Ton hat sich geändert. Vorbei sind die „letzten Chancen“ und „letzten Warnungen“. An ihre Stelle tritt die müde Erkenntnis, dass das großartige Projekt von Paris unter seinem eigenen Gewicht zusammengebrochen ist.

Kurz gesagt, die Bewegung hat die fünfte Phase der Trauer erreicht: Akzeptanz. Nicht die Akzeptanz, dass der Planet dem Untergang geweiht ist, sondern die Akzeptanz, dass die in Paris konzipierte Klimapolitik am Ende ist. Die NYT gibt dies zu, ohne es jemals auszusprechen. Die große Sache ist zu einem Geist geworden: Gipfeltreffen werden nicht mehr besucht, Versprechen nicht mehr eingehalten, die Öffentlichkeit nicht mehr überzeugt.

Letzten Monat habe ich argumentiert, dass Klimaaktivisten noch nicht zur Akzeptanz gelangt seien. Jetzt, mit diesem Artikel, schreiben sogar ihre treuesten Verbündeten in den Medien Elegien. Paris sollte eine neue moralische Ordnung einläuten. Stattdessen brachte es ein Jahrzehnt voller leerer Versprechungen, kostspieliger Misserfolge und politischer Gegenreaktionen. Das ist die Geschichte, die die Times endlich zu erzählen begonnen hat.

Die Trauer ist ihre. Die Erleichterung ist unsere.

Link:

<https://climaterealism.com/2025/09/the-new-york-times-reaches-acceptance-stage/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Das industrielle Desaster Großbritanniens

geschrieben von Chris Frey | 24. September 2025

Sir John Redwood

Hohe Energiepreise, Verbote für die Herstellung und Gewinnung von Produkten, geänderte britische Zollpolitik und hohe Steuern sind eine giftige Mischung. Fabrik- und Unternehmensschließungen folgen Schlag auf Schlag, was der britischen Industriebasis schweren Schaden zufügt und uns viele Arbeitsplätze kostet.

Die Schließung des größten Teils der Bioethanol-Industrie steht bevor. Diese Industrie stellt Kraftstoff aus Getreide her. Sowohl das große Werk in Redcar als auch das in Hull sind gefährdet, und die Schließung hat bereits begonnen. Bioethanol sollte eigentlich einer der Lichtblicke für grünes Wachstum sein, da es einen Kraftstoff bietet, der schrittweise in Benzin und Flugkraftstoff eingeführt werden soll, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. E10-Benzin enthält 10 % Ethanol, und es soll noch mehr werden. Nachhaltiger Flugkraftstoff ist versprochen, und dafür könnte ebenfalls Bioethanol benötigt werden. Die Abschaffung des 19-prozentigen Zolls auf US-Importe war der letzte Schlag für eine Branche, die bereits unter höheren Energie- und Arbeitskosten litt.

Diese Schließungen gefährden die heimische CO₂-Versorgung, da diese ebenfalls in einem der Werke hergestellt wird. Dadurch sinkt die Nachfrage nach Weizen und Getreide aus britischen Betrieben, die durch Steueränderungen der Regierung geschädigt wurden. Es handelt sich um eine weitere Reihe von Maßnahmen, welche die wirtschaftliche Sicherheit Großbritanniens untergraben und uns zwingen, Geld für weitere Importe aufzubringen. Importe bedeuten, dass wir die Löhne und Steuern von anderen Ländern bezahlen müssen, nicht unsere eigenen. Wie verdienen wir unseren Lebensunterhalt?

Wir haben gerade die Schließung von zwei großen Raffinerien in Grangemouth und Lindsey erlebt, wodurch wir stärker von importierten Kraftstoffen und Ölprodukten abhängig geworden sind. Die Schäden in Grangemouth sind noch nicht vorbei, da die Gefahr besteht, dass auch die große Petrochemieanlage für Olefine und Polymere aufgrund der hohen Energiekosten schließen muss. Sabic hat die Schließung einer weiteren Olefinanlage in Wilton angekündigt, wodurch möglicherweise 330 Arbeitsplätze verloren gehen.

Eine Industrienation muss mehr eigene Kraftstoffe und Chemikalien produzieren, wenn sie die von diesen Grundstoffen abhängigen Unternehmen halten will. UK war ein wichtiger Exporteur von raffinierten Ölprodukten in die EU und deckte gleichzeitig einen Großteil der heimischen Nachfrage. Zusammen mit der Schließung unserer eigenen Öl- und Gasproduktion, die diese Werke hätte versorgen können, erleben wir derzeit eine industrielle Katastrophe.

Die Keramikindustrie befindet sich seit einiger Zeit auf dem Rückzug. Auch sie wurde hart von den hohen Energiekosten getroffen, die für den

Betrieb ihrer Brennöfen anfallen. In diesem Jahr haben Royal Staffordshire und Moorcroft geschlossen, nachdem im letzten Jahr bereits Johnson Tiles [geschlossen](#) hatte. Große Namen einer einst florierenden Branche stehen nun ausländischen Herstellern zur Verfügung, wenn diese die Marken kaufen oder lizenziieren möchten. Die meisten Arbeitsplätze und Steuereinnahmen wandern damit ins Ausland ab. Wedgwood hat diese Woche eine 90-tägige Produktionspause angekündigt, da es zu viele Produkte für das aktuelle Umsatzniveau hat. Die hohen Energiekosten sind ein Problem.

Link:

<https://mailchi.mp/5bd1d833ed00/britains-industrial-disaster?e=08ba9a1dfb>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE